

N i e d e r s c h r i f t

der 31. öffentlichen Sitzung des Betriebsausschusses EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement am 12. März 2009

Ort: Stadthaus,
Wappensaal,
Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18.35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Bürgermeister Dr. Thomas Pohlack	Stadtverwaltung
Herr Frank Sänger	CDU
Herr Gernot Töpfer	CDU
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE
Herr Johannes Krause	SPD
Frau Dr. Regine Stark	MitBürger
Herr Dr. Christian Fiedler	GRAUE
Frau Viola Dressel	EB ZGM
Frau Christine Röhr	EB ZGM
Herr Bernd Bielecke	Betriebsleiter EB ZGM
Frau Kerstin Schicke	EB ZGM
Frau Elke Walter	EB ZGM
Frau Jacqueline Ziederer	EB ZGM
Herr Torsten Winkler	BMA
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE
Mitarbeiter des EB ZGM	

Entschuldigt fehlen:

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr **Dr. Pohlack** eröffnete die Sitzung, begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder sowie Gäste und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

einstimmig z u g e s t i m m t.

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 03. Dezember 2008
4. Bekanntgabe von in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen, Stadträten und Beschäftigtenvertretern des EB ZGM
- 6.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines städtischen Fuhrparkkonzeptes
Vorlage: IV/2008/07650
- 6.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines städtischen Fuhrparkkonzeptes
Vorlage: IV/2008/07707
7. schriftliche Anträge von Fraktionen, Stadträten und Beschäftigtenvertretern des EB ZGM
8. Mitteilungen
- 8.1 Sachstand Energiebericht 2007/Einstellung eines Energiemanagers
- 8.2 Aktueller Sachstand zur Umsetzung und Neuausrichtung des **EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement**
- 8.3 Einführung eines elektronisch unterstützten Inventurverfahrens

- 8.4 Neufassung der Satzung des EB ZGM
- 8.5 Aktueller Sachstandsbericht zum Deckenabsturz in der KGS Hutten
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 03. Dezember 2008**

Durch die **Ausschussmitglieder** wurde beanstandet, dass die im öffentlichen Teil unter TOP 5.1. der Sitzung am 03. Dezember 2008 fehlende Anlage „Abgleich Aufgabenstruktur alt – neu“ dem Protokoll nicht beigelegt worden sei. Herr **Bielecke** sagte eine Prüfung des Sachverhaltes zu, die Anlage werde den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

einstimmig z u g e s t i m m t.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Betriebsausschusses des **Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement** am 03. Dezember 2008 wurde in der vorliegenden Fassung genehmigt.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr **Dr. Pohlack** gab bekannt, dass in der nicht öffentlichen Sitzung am 03. Dezember 2008 keine Beschlüsse gefasst worden seien.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

> Herr Krause nahm am weiteren Verlauf der Sitzung teil. <

**zu 6 Anträge von Fraktionen, Stadträten und Beschäftigtenvertretern des EB
 ZGM**

**zu 6.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines städtischen
 Fuhrparkkonzeptes
 Vorlage: IV/2008/07650**

Herr **Töpper**/Herr **Sänger** baten die Verwaltung um eine Erklärung, wie die dem Antrag beigefügte Stellungnahme zu verstehen sei. Eine Aufforderung an die Stadtverwaltung zur Prüfung von Ausgliederungen z. B. des Fuhrparks, der Pfortendienste etc. bestünde seit Juni 2007; bis dato sei diesbezüglich offensichtlich nichts geschehen. Herr **Dr. Pohlack** erklärte, dass die Stadtverwaltung daran arbeite und dass ein Auftrag nicht beschlossen werden müsse. Weiter erläuterte er, dass aufgrund neuer Erkenntnisse eine Ausgliederung zu teuer sei. 1. würden Steuern anfallen und 2. sei das Leasing für Kommunen günstiger → keine Ausgliederung sondern eher Angliederung einer Struktureinheit bzw. Aufgabe. An neuen Arbeitsschwerpunkten werde derzeit im Dezernat I gearbeitet. Das Ergebnis werde in den entsprechenden Gremien vorgestellt. Herr **Dr. Fiedler**: Wann sei damit zu rechnen? Herr **Bielecke**: Information erfolge im nicht öffentlichen Teil. Hinweis von Herrn **Krause**: Information nicht ausreichend, da in der Stadtratssitzung im Dezember 2008 hierzu durch Herrn Geier als Zeitpunkt der Vorstellung eines Fuhrparkkonzeptes der März 2009 angegeben worden sei. Herr **Bielecke** erklärte, dass er hier nicht für Herrn Geier sprechen könne, möglicherweise läge ein Konzept im Mai 2009 vor. Herr **Krause**: Aufgrund der im Juni 2009 stattfindenden Kommunalwahlen erwarte er für die im Mai 2009 stattfindende Stadtratssitzung eine realistische und verbindliche Zeitschiene. Der jetzt tätige Stadtrat sei in die Lage zu versetzen, eine für die Zukunft verbindliche Entscheidung treffen zu können. Die **Ausschussmitglieder** stimmten dieser Forderung zu und beauftragten die Verwaltung, den durch den Stadtrat Dietrich Weihrich gestellten Änderungsantrag bei der Erarbeitung entsprechend zu beachten → analoge Ergänzung des Beschlusspunktes 2. Herr **Bielecke** erklärte, dass das Fuhrparkkonzept unter betriebswirtschaftlichen Prämissen erarbeitet werde. Dies beinhalte u. a. die Einbeziehung der Stadtwerke und man werde, dem Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Weihrich entsprechend, auch die Fahrzeuge des teilAuto e. V. in die Betrachtungen einbeziehen.

Abstimmungsergebnis (modifizierter Beschluss):

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

einstimmig z u g e s t i m m t.

Beschlussvorschlag (modifiziert):

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein Fuhrparkkonzept zu erarbeiten und dem Rat bis zu seiner Sitzung im **Mai 2009** vorzulegen.
2. Hierbei ist die Verwaltung gehalten zu prüfen, inwieweit ein solches Fuhrparkkonzept gemeinsam mit den Stadtwerken **und unter Einbeziehung der Fahrzeuge des teilAuto e. V.** erstellt und umgesetzt werden kann.

> Herr Krause verließ die Sitzung. <

**zu 6.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines städtischen Fuhrparkkonzeptes
Vorlage: IV/2008/07707**

Die **Ausschussmitglieder** stellten fest, dass mit dem unter 6.1. gefassten Beschluss dem Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich entsprochen worden sei → Ablehnung.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
0 Enthaltung

einstimmig **a b g e l e h n t.**

Es lagen keine weiteren Anträge vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten und Beschäftigtenvertretern des EB ZGM

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

> Herr Krause nahm am weiteren Verlauf der Sitzung teil. <

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Sachstand Energiebericht 2007/Einstellung eines Energiemanagers

Herr **Bielecke** erklärte, dass der aktuelle Sachstand bezüglich der Einstellung eines Energiemanagers in dem vor Beginn der Sitzung verteilten Papier dargestellt sei.

zu 8.2 **Aktueller Sachstand zur Umsetzung und Neuausrichtung des EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement**

Herr **Bielecke** erläutert anhand der dem Ausschuss zur Verfügung gestellten Unterlage den aktuellen Sachstand. Abschließend fasste er zusammen, dass

- die Einführung von SAP weiter entwickelt werden soll – Qualifizierung des vorhandenen Personals → Qualitätssicherung;
- SAP nicht alles leisten könne, was im CAFM-System zu leisten möglich wäre;
- für die Fortführung der Umstrukturierung Veränderungen im Bereich Personal dringend erforderlich seien, da Defizite bestünden, eine Erhöhung der Kompetenz könne nach Auffassung von Herrn Bielecke nur durch einen Mitarbeiter erreicht werden, der aktuelles Methodenwissen auf diesem Sachgebiet einbringe. Herr Bielecke halte dafür eine entsprechende Einstellung für unvermeidbar.

Durch die **Ausschussmitglieder** wurde festgestellt, dass am 03. Dezember 2009 konkrete Umsetzungsschritte zugesagt worden seien und man frage heute:

- Sind konkrete Schritte erkennbar?
- Liegen die beschlossenen Punkte in den vorgegeben Fristen?
- Ist sichergestellt, dass einzelne Maßnahmen umgesetzt werden? (Konkreter Zeitpunkt des Abschlusses der Umstrukturierung sei zu benennen.)
- Existiert ein aktuelles Organigramm?
- Existieren für die Mitarbeiter Stellenbeschreibungen?
- Ist der geplante Personalaufwuchs mit dem gültigen Tarifvertrag vereinbar?
- Warum wurden die Finanzmittel für Qualifizierungen in 2008 nicht ausgeschöpft?
- Verzögert das Konjunkturprogramm möglicherweise den Umsetzungsprozess im EB ZGM? Bewältigt der EB ZGM mit dem vorhandenen Personal die daraus eventuell entstehenden zusätzlichen Aufgaben?

> Herr Schramm verließ während der nachfolgenden Ausführungen kurzzeitig die Sitzung. <

Herr **Bielecke** sicherte zu, dass der zukünftigen Berichterstattung ein aktueller Strukturplan beigelegt werde. Er erklärte weiter:

- Der Qualifikationsstand sei anhand der vorliegenden Angaben erhoben worden. Die Mitarbeiter seien aufgefordert, Angaben zu ihrer beruflichen Qualifikation aktuell zu halten. Soweit sie dieser Aufforderung nicht nachkämen, müsse vom vorliegenden Kenntnisstand des Betriebes ausgegangen werden.
- Für die Vorlage vollständiger/aktualisierter Stellenbeschreibungen könne momentan noch kein konkreter Termin benannt werden, da dass insbesondere die genannte Qualifizierung

der Personalarbeit voraussetze. Für neu zu besetzende Stellen würden diese jedoch im erforderlichen Maß erarbeitet. Die neue Struktur sei für den ersten Teilschritt am 01. März 2009 in Kraft getreten. Die Umsetzungen sollen im Laufe des Monats März 2009 vollzogen werden. Der zweite Schritt sei für das II. Quartal 2009 vorgesehen. Gegebenenfalls soll es einen dritten Schritt geben.

- Zu Neueinstellungen bestünden unterschiedliche Positionen zwischen Betriebsleitung und Personalrat, Einstellungen seien mit dem Abschluss des Tarifvertrages n. M. der Betriebsleitung nicht ausgeschlossen, da es sich um die im Wirtschaftsplan ausgewiesenen unbesetzten Stellen handle → Gespräch mit ver.di werde angestrebt. Auch das Konzept der Fa. Rauschenbach sehe Neueinstellungen vor. Ergänzung von Herrn **Dr. Pohlack**: In Personalversammlung sei auf Notwendigkeit von Neueinstellungen qualifizierter Mitarbeiter hingewiesen worden.
- Der Umsetzungsprozess könne nicht in einem Paket erfolgen. Einige Aufgaben, z. B. die Zusammenführung/Umsetzung der Nichtgebäudemanagementleistungen, seien aufgrund aktueller Erkenntnisse vorzuziehen. Die Umsetzung erster konkreter Schritte soll zum 31. März 2009 vollzogen sein. Ergänzung von Herrn **Dr. Pohlack**: Abordnung aus Amt 11 zur Unterstützung des EB ZGM sei angedacht.

Nachfrage von Frau **Röhr**: Abschluss der Neustrukturierung des Bereiches Interner Services ist der 31. März 2009? Herr **Bielecke**: Ja. Herr **Sänger**: Eine Abordnung aus Amt 11 könne nicht die Lösung sein, möglicherweise sei eine externe Ausschreibung unumgänglich. Dem stimme Herr **Bielecke** zu.

- Herr **Dr. Polack** erklärte, dass die mit dem Konjunkturprogramm dem EB ZGM übertragenen und noch zu übertragenden konzeptionellen und planerischen Aufgaben den im EB ZGM angesiedelten Hochbaubereich betreffen würden (hohe Anforderungen an ZGM lägen permanent vor); momentan bestünde keine Gefahr einer Verzögerung des Umstrukturierungsprozesses. Zukünftig sei allerdings eine fachliche Verstärkung erforderlich. Herr **Bielecke** bestätigte diese Aussagen und begründete das Erfordernis der fachlichen Verstärkung mit dem Weggang von Mitarbeitern (ATZ, Rente etc.) in diesem Bereich → Steigerung der Effizienz und Effektivität in diesem Bereich sei nur durch fachliche Kompetenz zu erreichen.

Von den **Ausschussmitgliedern** werden für die kommende Sitzung Aussagen zur Fortführung des Umstrukturierungsprozesses mit konkreter Zeitschiene erwartet. Die kontinuierliche Entwicklung müsse auch nach den Neuwahlen gesichert sein. Anhand eines Organigramms ist der aktuelle Sachstand darzustellen.

zu 8.3 Einführung eines elektronisch unterstützten Inventurverfahrens

Frau **Dr. Stark** fragte nach, wem die Verantwortung für diese Aufgabe obige. Herr **Bielecke**: Diese Aufgabe liege in der Verantwortung der Bereichsleiterin Finanzen.

> Frau Wolff nahm am weiteren Verlauf der Sitzung teil. Frau Dressel verließ kurzzeitig die Sitzung. <

zu 8.4 Neufassung Satzung des EB ZGM

Herr **Bielecke** erläuterte anhand der vor Beginn der Sitzung verteilten Unterlage die Notwendigkeit der Neufassung. Herr **Dr. Pohlack** erklärte, dass hiervon ausschließlich die Immobilien betroffen seien.

zu 8.5 Aktueller Sachstandsbericht zum Deckenabsturz in der KGS Hutten

Herr **Bielecke** erläuterte, dass der Sachverhalt in der Presse weitgehend korrekt dargestellt worden sei. Nach Vorlage des Sachverständigengutachtes sei deutlich geworden, dass der Grund für den Absturz eindeutig die Nichteinhaltung handwerklicher Vorgaben sei (u. a. Verwendung falscher Dübel, Wahl falscher Dübelabstände, falsche Bohrungen etc.). Für die fachgerechte Ausführung sei immer die ausführende Firma verantwortlich. Im EB ZGM seien aufgrund des Vorfalls sofort sämtliche Unterhangdecken durch Inaugenscheinnahme auf sichtbare Schäden kontrolliert worden, an den kontrollierten Decken waren keine Schäden erkennbar. Für weitere Prüfungen nach festgelegten Prämissen sei ein Gutachter beauftragt worden.

Im Falle eines Personenschadens wäre in letzter Konsequenz der Betriebsleiter zur Verantwortung gezogen worden. Herr **Dr. Pohlack** verwies auf eine Gesetzeslücke, die sich im Zuge der Reformierung der Bauordnung aufgetan habe. Eine Abnahme basiere derzeit auf Freiwilligkeit. Bezüglich einer Schließung dieser Lücke befänden sich die Handwerkskammer und das Bauministerium derzeit in der Diskussion. Die Verantwortung sei auf den Bauherren übertragen worden.

Es lagen keine weiteren Mitteilungen vor.

> Herr Krause verließ die Sitzung. <

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau **Wolff** fragte an, ob sich die neuen Regelungen (keine Doppelbesetzung, keine Nachtschichten etc.) bezüglich des Pfortendienstes rentieren würden, ob Einschränkungen in der Sicherheit bestünden und was im Notfall zu tun sei. Herr **Bielecke**: Aufgrund des Wegfalls der Doppelbesetzungen und der Nachtschichten könne man die Pforten jetzt mit eigenem Personal besetzen. Dadurch könne eine Einsparung von 100 T€ erzielt werden → Nachhaltigkeit der Maßnahme gegeben. Stellen, die derzeit noch doppelt besetzt seien, würden noch geprüft → weitere Einspareffekte. Eine Einschränkung der Sicherheit sei nicht zu befürchten, hier sei alles technisch korrekt abgesichert. Besonders zu sichernde Bereiche verfügen über besondere Sicherungsvorkehrungen. Ein Notruf sei über die geschaltete Hotline bzw. über die bekannten Servicenummern möglich.

Es lagen keine weiteren Anfragen vor.

zu 10 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 01.07.09

Dr. Thomas Pohlack
Ausschussvorsitzender

K. Schicke
Protokollantin